



Freitag, 23. Jänner 1976

Blatt 139

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Städtische Zentralwäscherei: Neuer Rekord:
(rosa) 7.140 Tonnen Wäsche gewaschen
 Auszeichnung für Vizebürgermeister Pfoch
 Wiener Landtag
 Wiener Gemeinderat
- Lokal: Süden Wiens wieder mit Strom versorgt -
(orange) Gasturbine hat sich bewährt
 Wasserrohrbruch in der Reinprechtsdorfer Straße
- Kultur: Rudolf Saar zum 80. Geburtstag
(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

staedtische zentralwaescherei:

neuer rekord: 7.140 tonnen waesche gewaschen

2 wien, 23.1. (rk) die zentralwaescherei der stadt wien hat im jahre 1975 mit 7.140 tonnen reinwaesche eine neue hoechstleistung erzielt. im jahresdurchschnitt ergibt dies eine waschleistung von mehr als 28 tonnen pro tag. zum vergleich: im jahre 1974 waren es 6.506 tonnen waesche, die gewaschen wurden. diese leistungssteigerung wurde fast zur gaenze durch organisatorische massnahmen erreicht. darueber hinaus gilt die zentralwaescherei der stadt wien als sehr umweltfreundlich, da die dampfversorgung ausschliesslich ueber einen fernheizkanal von der muellverbrennungsanlage floetzersteig erfolgt. (zi)

0930

auszeichnung fuer vizebuergemeister pfoch

3 wien, 23.1. (rk) vizebuergemeister hubert p f o c h wurde vom oesterreichischen verband gemeinnuetziger bau-, wohnungs- und siedlungsvereinigungen der goldene ehrenring fuer verdienste um das genossenschaftliche bau- und siedlungswesen verliehen. (smo)

0931

geehrte redaktion

=====

7 wien, 23.1. (rk) vom 26. bis 29. jaenner tagt wieder die jury-wettbewerb donaubereich. stadtrat ing. fritz h o f m a n n wird am freitag, dem 30. jaenner, im rahmen einer

p r e s s e k o n f e r e n z

ueber die ergebnisse der beratungen und den stand des wettbewerbes berichten. wir wuerden uns freuen, sie bei dieser pressekonferenz begruessen zu duerfen.

bitte merken sie vor:

zeit: freitag, 30. jaenner, 12 uhr.

ort: 9, berggasse 16, 1. stock, festraeume. (ger)

1015

L o k a l :

=====

sueden wiens wieder mit strom versorgt (forts)

5 wien, 23.1. (rk) der sueden wiens wird seit 8.30 uhr wieder mit strom versorgt: der neuerliche sturm hatte freitag gegen 7 uhr frueh im umspannwerk suedost das dach weggerissen, das auf eine 110 kv-schaltanlage geschleudert wurde. dadurch wurde das verbundnetz unterbrochen, der suedliche und suedwestliche raum wiens waren ohne strom. die e-werke konnten den schaden jedoch bereits beheben.

durch den sturmschaden im umspannwerk suedost waren auch zahlreiche strassenbahnlinien von 7.05 bis 8.19 uhr gestoert: die ringlinien, die zweierlinie, die stadtbahn auf der wiental- sowie auf teilen der donaukanal- und guertellinie und die linien 44, 49, 52, 58, 8, 18, 62, 65, 66, 167 und 71 waren ueber eine stunde lang unterbrochen. (forts.mgl.) (hs)

0950

stromstoerung (forts):

gasturbine hat sich bewaehrt

9 wien, 23.1. (rk) bei der heutigen stromstoerung hat das gasturbinenwerk in leopoldau seine "feuerprobe" bestanden. nur dadurch, dass mit hilfe der turbine die stromerzeugung innerhalb weniger minuten aufgenommen werden konnte, war es moeglich, fuer den sueden wiens einen lange dauernden "black out" zu vermeiden.

das ist ein beweis mehr fuer die richtigkeit der vorausschauenden investitionspolitik der wiener e-werke, betonte stadtwerkestadtrat franz n e k u l a . (pr) (forts.mgl.)

1037

L o k a l :

,wasserrohrbruch in der reinrechtsdorfer strasse

6 wien, 23.1. (rk) vom wasserwagen mussten die bewohner von insgesamt zwei haeusern im bereich reinrechtsdorfer strasse - margaretenstrasse vergangene nacht wasser holen: donnerstag gegen 23.30 uhr entstand an einem 250 mm-rohrstrang in hoehe des hauses reinrechtsdorfer strasse 55 ein wasserrohrgebrechen. dadurch wurde nicht nur die fahrbahn der reinrechtsdorfer strasse zwischen margaretenstrasse und schoenbrunner strasse ueberflutet, das wasser drang auch in den keller des hauses nr. 55 ein. der keller musste von der feuerwehr ausgepumpt und mehrere pkw aus dem gefahrenbereich gebracht werden.

die wasserwerke hatten unmittelbar nach dem rohrbruch mit der behebung des schadens begonnen, seit freitag 7.15 uhr werden die betroffenen haeuser wieder mit wasser versorgt. das teilstueck der reinrechtsdorfer strasse zwischen margaretenstrasse und schoenbrunner strasse kann wegen der schaeden auf der fahrbahndecke derzeit nur in richtung schoenbrunner strasse befahren werden. die autobuslinie 14 a in richtung matzleinsdorfer platz wird ab der nevillebruecke ueber die schoenbrunner strasse - ramperstorffergasse - margaretenstrasse zur reinrechtsdorfer strasse umgeleitet.

(hs)

1013

k u l t u r :

=====

rudolf saar zum 80. geburtstag

4 wien, 23.1. (rk) am 26. jaenner vollendet der praesident des oesterreichischen saengerbundes, rudolf s a a r , das 80. lebensjahr. der gebuertige wiener war in seinem ''zivilberuf'' nach absolvierung der pflichtschule und einer kaufmaennischen Lehranstalt im verwaltungsdienst der stadt wien taetig. aber neben dieser taetigkeit blieb er lebenslaenglich dem schon als kind erlernten hobby singen treu. mit 18 jahren war er bereits mitglied der ottakringer liedertafel, deren vorstand er 1924 wurde. 1948 dem wiener maennergesangsverein beigetreten, wurde er 1949 dessen vorstand. in dieser funktion gelang es ihm, diese beruehmte wiener saengervereinigung nach den schweren erschuetterungen des zweiten weltkriegs wieder zu einer staendigen vorwaerts- und aufwaertsentwicklung zu bringen, so dass der maennergesangsverein sein internationales renomnee wieder gewinnen und sogar noch verstaerken konnte. daneben fungierte rudolf saar seit 1949 auch als vizepraesident des oesterreichischen saengerbundes, dessen praesident er 1955 wurde. fuer seine verdienstvolle taetigkeit wurde er unter anderem mit dem goldenen ehrenzeichen fuer verdienste um die republik oesterreich, dem ehrenzeichen fuer wissenschaft und kunst und der ehrenmedaille der stadt wien in silber ausgezeichnet. (may)

0933

Kommunal:Wiener Landtag
=====

Wien, 23.1. (RK) Freitag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten Maria Hlawka (SPÖ) zur ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen. Es lag eine Anfrage der ÖVP vor. Nach einer Gedenkminute für den verstorbenen Bundesrat Johann Wagner (ÖVP) wurden als Ersatzmitglieder für den Bundesrat Kommerzialrat Helmuth Klomfar (ÖVP) und Walter Eberhardt (ÖVP) mit Mehrheit gewählt. Die bisherigen Ersatzmitglieder Anton Fürst (ÖVP) und Dr. Karl Pisek (ÖVP) werden in den Bundesrat entsandt. Ebenfalls mehrheitlich wurde Labg. Rudolf Pöder (SPÖ) anstelle des Abg. Herbert Mayr (SPÖ) in das Immunitätskollegium gewählt.

Einzigiger Tagesordnungspunkt war die Vorlage des Gesetzes, mit dem das Wiener Schulzeit-Ausführungsgesetz für das Schuljahr 1975/76 anlässlich der Olympischen Winterspiele geändert wird. Landeshauptmann-Stellvertreterin Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) berichtete, daß damit ausnahmsweise die Semesterferien in die zweite Februarwoche verlegt werden. Die Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (smo)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Kommunal:Wiener Gemeinderat
=====

Wien, 23.1. (RK) Bürgermeister Leopold Gratz eröffnete im Anschluß an den Landtag die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Dem Gemeinderat lagen drei Anfragen der FPÖ, zwei Anfragen der ÖVP und drei Anträge der ÖVP vor. Die FPÖ fragte über die Bestellung von Aufsichtsräten in privatwirtschaftlichen Unternehmen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist, über eine Zusatzmonatswertmarke zur Streckenkarte für Schüler und über den Polizeinotruf an. Die ÖVP stellte Anfragen über eine Baumpflanzungsaktion für Innenhöfe und über die Erhöhung der Stundenlöhne für Scheearbeiter. Die Anträge der ÖVP behandelten den Bau eines Fußgängersteiges über den Nordwestbahnhof, die Errichtung einer Autobuslinie entlang der Vorortelinie und ebenfalls wie die FPÖ die Schaffung einer Zusatzmonatswertmarke zur Streckenkarte für Pflichtschüler. Weiter lag ein Antrag der Bezirksvertretung des 7. Bezirkes vor, der einen Pensionistenklub im Amerlinghaus fordert. Der Bürgermeister wies die Anfragen und die Anträge den entsprechenden Ausschüssen zu.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) schied mit 22. Jänner 1976 aus dem Wiener Gemeinderat aus. Er gehörte seit 1956 dem Wiener Gemeinderat an und war in verschiedenen Ausschüssen tätig. Zuletzt war Mayr Vorsitzender des Ausschusses für **Soziales** und Gesundheit. Der Bürgermeister dankte dem langjährigen Gemeinderat für sein Wirken. Als Nachfolger wurde Raimund Kapfensteiner (SPÖ) aus Liesing angelobt.

Diskussion um Grundstücksverkauf

Der Verkauf eines gemeindeeigenen Grundstückes in der Taborstraße 23 löste eine Diskussion aus. Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) erklärte, daß mit diesem Verkauf alle Worte, wir fördern die Wirtschaft, ad absurdum geführt werden. Für das Grundstück, das nun an die Ekazent verkauft wird, habe sich vorher ein privates Unternehmen interessiert, das gegenüber dem Grundstück einen Produktionsbetrieb für 120 Arbeiter führt. Diese Firma würde das Grundstück für eine betriebliche Erweiterung und damit für zusätzliche Arbeitskräfte brauchen.

Der privaten Firma hätte man die Auflage geben können, das denkmalgeschützte Haus Taborstraße 23 zu erhalten, erklärte Goller. Die

private Firma hätte auch dieses Gebäude nicht nur für betriebliche, sondern auch für Wohnraumzwecke genutzt. Der Stadtrat stellte den Antrag, dieses Geschäftsstück von der Tagesordnung abzusetzen, einen neuen Verkaufsvertrag mit dem zweiten Bewerber auszuhandeln und das Kontrollamt überprüfen zu lassen, warum der Akt dem zuständigen Gemeinderatsausschuß unvollständig vorgelegt wurde. Goller kritisierte, daß ein Schreiben der Ekazent vom Juni 1975, in dem die Ekazent auf den Ankauf verzichtete und das im November 1975 von der Ekazent widerrufen wurde, nicht im Akt enthalten ist.

Vizebürgermeister Pfoch (SPÖ) stellte fest, daß bei dem Verkauf drei Positionen zu berücksichtigen sind. Eine Zweckentfremdung von Wohnraum in Geschäftsräume soll verhindert werden, dem Gedanken des Denkmalschutzes soll Rechnung getragen werden und die Interessen der Privatfirma sollen beachtet werden. Mit dem Verkauf an die Ekazent werde diesen drei Positionen am besten entsprochen und die von Stadtrat Goller angesprochene Firma könnte ja immer noch einen Teil des Grundstückes später nutzen.

Der Verkauf des Grundstückes wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (sei)

1,8-Milliarden-Schilling-Anleihe für die Stadtwerke

Stadtrat Mayr referierte über die Aufnahme einer Anleihe in der Höhe von maximal 1,8 Milliarden S zu den bestmöglichen Konditionen durch den Magistrat der Stadt Wien und die Weitergabe dieser Anleihe an die Wiener Stadtwerke.

Mayr betonte die große Bedeutung dieser Anleihe sowohl für die Versorgung der Bevölkerung als auch als Beitrag zur Konjunkturbelebung. Sie soll für folgende Investitionen verwendet werden: E-Werke: Realisierung des für 1976 geplanten Bauabschnittes des Blockkraftwerkes im Kraftwerk Simmering, durch das die Fernwärmeversorgung Wiens wesentlich verbessert werden soll, sowie Bau einer Schaltanlage und weiterer Ausbau der Umspannwerke.

Im Bereich der Gaswerke liegt der Schwerpunkt der Investitionen beim Rohrnetz.

Im Bereich der Verkehrsbetriebe ist die Ersetzung ausgedienter Waggonen und Autobusse sowie der Gleisbau vorgesehen.

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) erklärte, seine Fraktion werde der Aufnahme einer Anleihe zustimmen, da eine Ablehnung angesichts der finanziellen

Situation der Stadtwerke unverantwortlich wäre. Er bestritt aber, daß die Anleihe der Vornahme von Investitionen diene, vielmehr sei sie zur Tilgung der Schulden und des Zinsendienstes der Stadtwerke erforderlich. Durch die Anleihe würden keineswegs die Investitionssperren aufgehoben. Ammann kritisierte, daß die Anleihen der Stadtwerke in den letzten Jahren wesentliche höher gestiegen seien als die Investitionen.

Die Überschuldung - derzeitiger Anteil an Fremdkapital: zwei Drittel - sei immer größer geworden.

Zahlreiche von der ÖVP in den letzten Jahren gestellten Forderungen seien nicht erfüllt worden, so die Einführung von Vorrangspuren für öffentliche Verkehrsmittel in den neuen Siedlungsgebieten, die Einführung von Linientaxis, die Integration der Wiener Heizbetriebe in die Stadtwerke. Ammann verlangte die Bedeckung des notwendigen Kapitalbedarfes der Stadtwerke und die Übernahme des Zinsendienstes durch die Hoheitsverwaltung. Er kritisierte auch das Fehlen eines Generalverkehrsplanes. Mangelndes Demokratieverständnis und Wählerservice der SPÖ gehe daraus hervor, daß Bürgermeister Gratz im Vorjahr die Idee zur Diskussion gestellt habe, den Zulassungsschein als Netzkarte gelten zu lassen und dafür die Kfz.Steuer zu erhöhen, während man nunmehr nur den belastenden Teil dieses Vorschlags, nämlich die Erhöhung der Kfz-Steuer, ohne Befragung der Bevölkerung beschlossen habe.

Stadtrat Mayr betonte in seinem Schlußwort, daß die Fortschritte auf den Gebieten der Energieversorgung und des Nahverkehrs nicht ohne Anleihen zu erzielen waren. Er warf der ÖVP Konzeptlosigkeit vor, da sie sich bei der Frage der Finanzierung des U-Bahn-Baus für den Anleiheweg ausgesprochen habe. Keiner der von Ammann erwähnten ÖVP-Anträge hätte zu einer Verbesserung der Ertragslage der Verkehrsbetriebe geführt. Er bekenne sich ebenso wie sein Vorredner dazu, daß der öffentliche Nahverkehr eine Aufgabe der öffentlichen Hand sei, aber die vorgeschlagene Übernahme von Lasten durch die Hoheitsverwaltung, ohne die Ertragslage zu verbessern, sei sinnlos, da sie nur das äußere Bild verbessern würde. Schon um ein realistisches Bild von der Lage eines Unternehmens zu gewinnen, sei es notwendig, auch die benötigten Fremdmittel bei diesem zu verrechnen.

Den Vorwurf eines mangelnden Demokratieverständnisses wies Mayr zurück. Man müsse erkennen, daß auch die öffentliche Hand nur ausgeben könne, was sie einnehme. Wer die - richtige - Forderung stelle, daß die öffentliche Hand den Verkehrsbetrieben helfen müsse, der müsse

sich auch überlegen, woher die öffentliche Hand die dafür notwendigen Mittel aufbringen solle. Patentrezepte für die schwierige Frage des öffentlichen Nahverkehrs gebe es aber nicht.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (ger)

Neue Gastarife

Als nächster Berichterstatter beantragte Stadtwerke-Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) die Neufestsetzung des Tarifs der Wiener Gaswerke und zwar mit 33,01 g/Mcal bei Lieferung an Haushalte und Heizgas-kunden und mit 31,38 g/Mcal bei Lieferungen an Gewerbe und Industrie, sowie eine Erhöhung der Zählergebühren um rund 7,7 Prozent.

Die Notwendigkeit der Tariferhöhungen begründete Nekula mit der Verteuerung des von der Sowjetunion gelieferten Erdgases. Nach der Energiekrise habe die Sowjetunion verlangt, den Erdgaspreis auf das Ölpreisniveau zu erhöhen, was eine Erhöhung um 98 Prozent bedeutet hätte. Durch Verhandlungen sei ein etappenweises Nachziehverfahren erreicht worden. Die ab 1976 gültigen Erdgaspreise seien um 10,6 Prozent erhöht.

Neue Belastungen seien den Gaswerken auch durch die notwendig gewordene Vorratspolitik entstanden. Während Erdgas das ganze Jahr hindurch gleichmäßig angeliefert werde, sei der Verbrauch in den Sommermonaten geringer, im Winter jedoch beträchtlich höher. Das "Sommergas" müsse deshalb gespeichert werden, die Mehrkosten durch entsprechende Maßnahmen belaufen sich auf 15 Prozent.

Der bei der Preisbehörde gestellte Antrag habe auf eine Erhöhung um 9,7 Prozent gelautet. Am 22. Dezember 1975 sei ein mündlicher Bescheid erflossen, wonach Gaspreis und Zählergebühren mit Wirkung vom 1. Jänner 1976 um 7,7 Prozent erhöht werden dürften. Das bedeute für die Gaswerke eine jährliche Mehreinnahme von 126 Millionen. Das Geld werde dazu verwendet, Investitionssperren auf dem Rohr- und Zählersektor aufzuheben, außerdem soll der Bau eines Kugelgasbehälters begonnen werden.

Als erster Debattenredner zählte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) die kommunalen Tariferhöhungen der letzten Zeit auf: Ende November 1975 die Wassergebühren, Anfang Dezember 1975 die Müllabfuhr und der Strompreis, für 1976 sei die Neuordnung der Kanalgebühren und wahrscheinlich auch eine neuerliche Anhebung des Straßenbahntarifs geplant.

Zusammen mit den Preiserhöhungen auf Bundesebene ergebe dies für die Bevölkerung einen gewaltigen Kostenschub. Es bestehe die Gefahr, daß dadurch jener Mechanismus ausgelöst werde, der zur gefürchteten Stagflation - Rezession mit gleichzeitiger Inflation - führen kann.

Abschließend bemängelte Dkfm. Bauer, daß die Notwendigkeit der Erhöhung nicht ausreichend begründet worden sei. So seien nicht die Einstandspreise des Russen- und des Tschechengases bekannt, auch nicht das Mischungsverhältnis des fremden Naturgases mit dem heimischen ÖMV-Gas. Mangelnden unternehmerischen Weitblick verrate die Tatsache, daß die Tariferhöhung rückwirkend beschlossen werden müsse. Die FPÖ-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Der Debattenredner der ÖVP, GR. Ing. Kreiner, unterstrich die Notwendigkeit dieser Tariferhöhung und charakterisierte sie als tragbar. Für einen Haushalt, in dem mit Gas gekocht wird, werden sich die monatlichen Mehrkosten auf 2,58 S belaufen, für einen zur Gänze auf Gas umgestellten Haushalt (Gasheizung und Warmwasserbereitung) auf 29,89 S.

Die ÖVP werde dem Antrag vor allem auch aus Sicherheitsgründen zustimmen: Bedingt durch die Überalterung des Rohrnetzes und der starken Belastung durch den Straßenverkehr sind in erhöhtem Ausmaß Undichtheiten aufgetreten, deren Sanierung durch die Tariferhöhung finanziert werden könne.

GR. Hatzl (SPÖ) stellte fest, daß die Tarife der Gaswerke 23 Jahre hindurch nicht erhöht worden seien. Von den Mehreinnahmen sollen 20 Millionen für die Anschaffung von Gaszählern und 23 Millionen für die Sanierung des Rohrnetzes verwendet werden. Diese Beträge werden somit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen.

Der vielfach gehörten Kritik an der Umstellung auf Erdgas entgegnete Hatzl, daß die Beibehaltung von Stadtgas mehr Spaltanlagen notwendig gemacht hätte. Sie wäre langfristig wesentlich teurer gekommen. Allein die Erneuerung des Rohrnetzes hätte 4 Milliarden gekostet. Derzeit seien bereits mehr als die Hälfte der Gasbezieher auf Erdgas umgestellt.

Die Leistung der Gaswerke im Hinblick auf Rationalisierung illustrierte der Redner mit folgenden Zahlen: Während vor 25 Jahren neun Bedienstete notwendig waren, um 1 Million Kubikmeter Gas zu erzeugen, ist jetzt für die gleiche Menge nur ein einziger Mitarbeiter erforderlich.

In seinem Schlußwort kam Stadtrat Nekula auf die Stromstörung in den Morgenstunden des Freitag zu sprechen. Der rechtzeitigen Investitionspolitik sei es zu danken, daß nur Teile Wiens von der Störung betroffen waren. Dank dem Einsatz der Gasturbine konnten nach einem Schnellstart 100 Megawatt in das Stromnetz eingespeist werden.

Dem Vowurf, daß die Tariferhöhung rückwirkend beschlossen werden müsse, begegnete Nekula mit der Feststellung, daß der Stichtag 1. Februar nicht nur organisatorische Schwierigkeiten bedeutet, sondern auch Mindereinnahmen in Höhe von 10,5 Millionen Schilling gebracht hätte.

Abstimmung: Antrag angenommen von SPÖ und ÖVP. (we)

Wiener Symphoniker

Zum Antrag, den Wiener Symphonikern für 1976 eine Subvention von 35,033.000 S zu gewähren, berichtete GR. Hermine Fiala (SPÖ), daß die umfangreiche Konzerttätigkeit des Orchesters heuer rund 70 Millionen S erfordern wird. Etwa 50 Millionen sind durch die Subvention der Gemeinde Wien und durch Eigeneinnahmen gedeckt. Der Rest solle durch erhöhte Einnahmen und einen Bundeszuschuß aufgebracht werden. GR. Prof. Bittner (ÖVP) würdigte die Symphoniker als einen Klangkörper, der für das musikalische Wien unersetzbar ist, kritisierte jedoch, daß der Bund nicht wie seinerzeit ein Drittel der Kosten zuschießt. Ein diesbezüglicher Brief von Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner an das Ministerium für Unterricht und Kunst ist noch immer unbeantwortet. Im Schlußwort versicherte die Berichterstatterin, daß man sich weiterhin um den "eingefrorenen" Bundeszuschuß bemühen wird.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Subvention für "Komödianten"

GR. Gawlik (SPÖ) referierte den Antrag, den "Komödianten" im Künstlerhaus für 1976 eine vorläufige Subvention von drei Millionen S zu gewähren. GR. Prof. Bittner (ÖVP) betonte, daß er nicht die künstlerische Tätigkeit dieses Theaters kritisieren wolle, es jedoch als Aufgabe des Subventionsgebers betrachte, zu überprüfen, ob der Aufwand mit den Erfolgen in Einklang steht.

Solange in die Gebarung dieses Theaters keine genaue Einsicht - wie etwa beim Theater an der Wien - möglich ist, kann der Subvention nicht zugestimmt werden. GR. Wiesinger (SPÖ) wies darauf hin, daß die Aufwendungen in den kleinen Theatern genauso wie in den großen Bühnen teurer geworden sind. Man hat von Anfang an gewußt, daß dieses Experimentiertheater nur eine geringe Auslastung haben und auf Subventionen angewiesen sein wird. Eine Stadt wie Wien muß sich eine Experimentierbühne leisten können. Die Gebarung wurde vom Kontrollamt geprüft, man kann sicher sein, daß es sorgfältig geprüft hat. Im Schlußwort betonte der Berichterstatter, daß den jungen Leuten die Möglichkeit des Experimentierens auf allen Gebieten gegeben werden muß.

Abstimmung: Von der SPÖ angenommen (smo).

(Ende des Sitzungsberichtes)